

c/o Postfach 2326 | 24513 Neumünster

**Die Stadtpräsidentin
Stadt Neumünster
Neues Rathaus
Großflecken 59
D-24534 Neumünster**

Es schreibt Ihnen
Mark Proch
Fraktionsvorsitzender
Postfach 2326
24513 Neumünster
TEL: 01575/1401638

E. 25.11.24

19.11.2024

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Corona-Politik aufarbeiten!

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 10. Dezember 2024.

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadt Neumünster wird aufgefordert, die Corona-Maßnahmen aus den Jahren 2021 und 2022 kritisch aufzuarbeiten und dabei zu prüfen, welche Maßnahmen rückblickend wirklich sinnvoll und zielführend waren, sowie das Verhalten höherer Amtsträger auch bezüglich ihrer Neutralitätspflicht einzuordnen. Über das Ergebnis dieser Aufarbeitung ist die Ratsversammlung zu informieren. :

Begründung:

Spielplätze wurden abgesperrt, Schulen und Kitas geschlossen. Das Leben war geprägt von Abstandsregeln und Maskenpflicht. Während der Pandemie wurden drastische Maßnahmen ergriffen, die das tägliche Leben aller Bürger in Neumünster stark beeinflusst haben. Doch wie angemessen waren diese Maßnahmen wirklich? Viele Bürger und zahlreiche Experten fordern eine kritische Analyse dieser Krisenpolitik.

Dabei geht es nicht nur darum zu klären, welche Maßnahmen unnötig und unwirksam waren, sondern auch wer die Verantwortung für solche unsinnigen Maßnahmen zu tragen hat. Natürlich müssen auch die Folgen dieser oft fragwürdigen Maßnahmen kritisch aufgearbeitet werden. Wie viele Impfschädigungen sind durch indirekte Zwangsimpfung



entstanden. Wie hat sich die Zahl der psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, nach dem sogenannten Lockdown entwickelt. Wie haben sich die gesetzlich verordneten Einschränkungen auf die Wirtschaft in Neumünster ausgewirkt.

Wurden Posten und die Wirkung des öffentlichen Vorbilds von höheren Amtsträgern bewußt eingesetzt, um Bürger in ihrer freien Meinungsbildung zu beeinflussen, wurde gezielt Druck ausgeübt, um Menschen in eine fragwürdige Impfung zu treiben, die viele noch heute mit schweren Gesundheitsschäden allein läßt — und wurde dabei die Neutralitätspflicht bspw. durch den Oberbürgermeister verletzt?

Es gibt viel zu prüfen und aufzuarbeiten, damit freiheitseinschränkende Zwangsmaßnahmen und parteiisches Verhalten von zur Neutralität verpflichteten Führungspersonen nicht erneut zu großen Problemen führen.

Mit freundlichen Grüßen



Mark Proch
Im Namen der Fraktion
